

Brüssel, den 2. September 2005

Teilnahme von Präsident Barroso am EU – China – Gipfel in Beijing

Präsident Barroso wird die Europäische Kommission auf dem EU – China – Gipfel, der am 5. September in Beijing stattfinden wird, gemeinsam mit den Kommissionsmitgliedern Vladimir Spidla - Beschäftigung und Soziales - und Peter Mandelson – Außenhandel - vertreten. Die chinesische Delegation wird von Ministerpräsident Wen Jiabao angeführt. Am Rande des Gipfels wird es zu einem Treffen zwischen den politischen Führern in Europa und Chinas Präsident Hu Jintao kommen.

Im Vorfeld des Gipfels äußerte sich der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, folgendermaßen:

“In diesem Jahr begehen wir das Dreißigjährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und China. Unsere Beziehungen haben sich seit ihren Anfängen beständig weiter entwickelt. Bei meinem China-Besuch im Juli haben beide Seiten bestätigt, dass sie fest entschlossen sind, eine langfristig angelegte strategische Partnerschaft aufzubauen. Auf dem 8. EU-China Gipfeltreffen werden wir uns auf einen neuen strategischen Dialog mit China einigen. Mit einer gemeinsamen Erklärung werden wir eine wichtige neue Partnerschaft ins Leben rufen, die es uns ermöglichen wird, das Problem des Klimawandels, eine der größten globalen Herausforderungen unseres Jahrhunderts, gemeinsam anzugehen.“

Das diesjährige Gipfeltreffen, dem der erste offizielle und erfolgreiche Besuch von Präsident Barroso in China im Juli vorausgegangen war, markiert das dreißigjährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und China. Auf dem Gipfel wird deutlich werden, dass die EU und China bei globalen Herausforderungen zunehmend gemeinsam tätig werden.

Auf dem 8. alljährlich stattfindenden EU-China-Gipfel, der am 5. September in Beijing abgehalten wird, werden die Europäische Union und China eine neue partnerschaftliche Zusammenarbeit zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels ins Leben rufen. Dank dieser neuen Partnerschaft wollen sie die mit dem Klimawandel einhergehenden globalen Bedrohungen gemeinsam angehen. Außerdem wollen die beiden Delegationen sich auf einen neuen strategischen Dialog zwischen der EU und China einigen, der auf Ebene der stellvertretenden Außenminister geführt werden soll. Auf dem Gipfel wird ein breites Spektrum von Themen erörtert werden, so z.B. der Umweltschutz, ein neues Rahmenabkommen, die Themen Rückübernahme und Menschenrechte sowie wirtschafts- und handelspolitische Themen, wobei die Gewährleistung eines verbesserten Zugangs zum chinesischen Markt und der Marktwirtschaftsstatus im Vordergrund stehen werden. Daneben werden auch eine Reihe von Themen mit regionaler und internationaler Bedeutung wie die Reform der UNO, Nordkorea und Burma/Myanmar auf der Tagesordnung stehen.

Am Rande des Gipfels sollen Vereinbarungen getroffen werden über einen neuen Dialog über Beschäftigung und Soziales, ein "Memorandum of Understanding zum Thema "Geografische Angabe" und ein "Memorandum of Understanding über ein Jahr der chinesischen Wissenschaft und Technologie in Europa", ein Protokoll zur Ausweitung des bestehenden Seeverkehrsabkommen auf neue Mitgliedstaaten, zwei Umweltschutzprojekte zum Thema Biodiversität (30 Mio. €) und Flusseinzugsbecken-Management (25 Mio. €) sowie über ein Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 500 Mio. €. Außerdem soll eine gemeinsame Erklärung zur Weltraumnutzung abgegeben werden.

Hintergrund:

Die 1975 begründeten Beziehungen zwischen der EU und China haben sich in den vergangenen Jahren spürbar intensiviert, vor allem seit der Annahme des neuen Strategiepapiers der Kommission zu China "Die Beziehungen EU-China: Gemeinsame Interessen und Aufgaben in einer heranreifenden Partnerschaft" und Chinas erstem Grundsatzpapier zur EU aus dem Jahr 2003. 2004 einigten sich beide Seiten auf die Ausweitung der Beziehungen zu einer strategischen Partnerschaft. Außerdem wurde vereinbart, Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen zwischen der EU und China aufzunehmen, mit dem das Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt und aktualisiert werden soll.